

## Kommentare

MATHIAS HAUSDING

## Riskante Kampfansage gegen Doper



Es war der Freispruch für den geständigen Doper Stefan Schumacher, der vor einem Jahr die Stimmung kippen ließ. Der Radprofi saß wegen Betrugs an seinem Arbeitgeber auf der Anklagebank, weil er auf dessen Nachfragen hin Doping bei der Tour de France geleugnet hatte. Dass er ungeschoren davon kam, war einmal mehr Beleg dafür, dass Deutschland ein Gesetz gegen Doping braucht. Und auch an einer anderen Front wuchs der Druck – eine Studie sowie Recherchen dieser Zeitung liefern Beweise für ein einst mit Steuergeldern finanziertes Dopingssystem West.

Mächtige Bremsen gegen die strafrechtliche Verfolgung von Betrügern im Sport, die es gab und weiterhin gibt, gerieten ob dieser Entwicklungen überraschend in die Defensive. Und dies führte dazu, dass die Bundesregierung nun früher als erwartet einen Gesetzentwurf präsentiert, der zudem weiter geht als erwartet. Die Streiter für einen sauberen Sport haben das Momentum genutzt. Der Deutsche Olympische Sportbund, erbitterter Gegner der uneingeschränkten Besitzstrafbarkeit, die nun kommt, kann nur gute Miene zum aus seiner Sicht bösen Spiel machen.

Nachteil eines schnell ausgearbeiteten Gesetzentwurfs, mit dem zudem juristisches Neuland beschränkt wird, ist freilich, dass zunächst Fragen offenbleiben könnten – und vielleicht auch Hintertüren für Doper. Diskussionswürdig ist etwa, warum das Besitzverbot schon geringer Dopingmittel nur für Spitzensportler gelten soll, nicht aber zum Beispiel für Bodybuilder.

Anderer Experten wünschen sich eine Kronzeugenregelung, wie sie dem Großdoper Lance Armstrong zum Verhängnis geworden ist. Aber das Anti-Doping-Gesetz muss sich eben auch irgendwie einfügen ins deutsche Strafrecht, wo der Kronzeuge nur in Ausnahmefällen vorgesehen ist.

Schon beim jetzigen Entwurf ist klar: Es wird knirschen, wenn das Strafrecht in einem konkreten Fall auf die Sportgerichtsbarkeit trifft, wenn Datenschutzbelange der Athleten mit den Interessen von Dopingfahndern kollidieren. Ein Scheitern des Gesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht und anschließende Korrekturen sind gut möglich. Dass die Bundesregierung dieses Risiko bewusst eingeht, zeigt, wie groß die Not im Anti-Doping-Kampf ist.

## Schlecht fürs Ansehen

Kaum gestohlen, schon in Polen. – Solche Sprüche erhalten durch die anhaltende Kriminalität in der Grenzregion beständig neue Nahrung. Wer zum Opfer eines Auto- oder anderen Diebstahls wird, urteilt schnell pauschal, dass das „die Polen“ gewesen sind, anstatt darüber nachzudenken, dass es Verbrecher schließlich überall gibt.

Bis heute verweigern sich aber viele Politiker und Entscheidungsträger der Erkenntnis, dass man nicht nur die positiven Auswirkungen einer offenen Grenze preisen kann, sondern sich auch den negativen Effekten stellen muss. Noch vor nicht allzu langer Zeit

bemerkte etwa ein polnischer Spitzendiplomate in dieser Zeitung, ob es nicht vielleicht zu einfach sei, in Deutschland Autos zu stehlen.

Inzwischen scheint man aber auch in Warschau langsam zu verstehen, dass die Diebstähle schlecht fürs Ansehen des Landes sind. Mehr noch als nur um das Image sollte es aber darum gehen, dass deutsche und polnische Ermittler bessere materielle und juristische Voraussetzungen erhalten, um gemeinsam gegen die Kriminellen vorzugehen. Erst wenn dies gelingt, werden die Vorurteile und die Kritik an der offenen Grenze langsam verschwinden. DIETRICH SCHRÖDER

## Mal wieder ein Eigentümer

Als hätten es die Linken in diesen Tagen nicht schwer genug: Da werden sie vom Liedermacher Wolf Biermann im Bundestag rüde angemotzt und die Parlamentskollegen klatschen in die Hände. In Thüringen zerstört man Linken die Autoreifen, Radmuttern werden gelockert. Die CDU demonstriert in Erfurt gegen die Möglichkeit, dass Bodo Ramelow Ministerpräsident wird. Kanzlerin und Bundespräsident wollen ebenfalls keinen Linken als Landesvater und sagen das laut. Alles in allem walten gehörige Kräfte gegen die Linken.

Da sollte man doch annehmen, auch die linke Bundestagsfraktion hätte Besseres

zu tun, als Angriffe auf ihren Vorsitzenden zu befördern. Immerhin drei Mitglieder der Fraktion hatten sich mit noch größeren Sektierern umgeben, als sie selbst es sind. Gregor Gysi wurde beschimpft, verfolgt und sein Ansehen per Video beschädigt. Was nützen da alle Entschuldigungen? Wieder einmal geraten linke Abgeordnete in den Verdacht, politisch nicht ganz zurechnungsfähig zu sein. Welchen Grund sollte es sonst geben, jemanden in den Bundestag zu laden, der Israel mit Nazideutschland oder dem IS vergleicht? Wenn die dafür Verantwortlichen ihre Bundestagsmandate behalten sollten, würde der Schaden noch größer. ANDRÉ BOCHOW

## Gesagt ist gesagt



„Burka geht gar nicht.“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn, der für das Parteipräsidium kandidiert, fordert in der „Zeit“ ein Verbot des Ganzkörperschleiers für Frauen in Deutschland.

## Land der Dichter und Dämmer

Für Milliardensummen sollen Häuser umgebaut werden / Zweifel an Effizienz und Wirtschaftlichkeit

VON ANDRÉ BOCHOW

Berlin (MOZ) 900 Millionen Quadratmeter wurden in Deutschland bereits einer Wärmedämmung unterzogen. Seit Mai dieses Jahres braucht jedes Haus einen Energiepass. Und ab 2016 müssen Fassaden noch einmal 20 Prozent besser gedämmt werden. Aber es mehren sich die Kritiker. Manche sprechen von „Dämmwahn“.

Das sächsische Chemnitz erlebt gerade die 126. Bauministerkonferenz des Landes. Wie auch schon auf den Konferenzen 123 bis 125 wird unter anderem das Thema „Brandverhalten von Wärmeverbundsystemen“ eine Rolle spielen. Es handelt sich dabei um die immer dicker werdenden Dämmplatten aus Polystyrol-Dämmstoffen, die massenhaft von außen an deutschen Häusern angebracht werden. Immer wieder bestätigten Gutachter deren Ungefährlichkeit bei Bränden.

Allerdings hatte man bislang nur Brandausbrüche innerhalb von Gebäuden untersucht. Nun stellte sich heraus: Brennt es in der Nähe der Außenwand, etwa eine Mülltonne, dann ist die Dämmschicht verbrannt, bevor die Feuerwehr kommt. Dies ergaben die Recherchen von Spiegel Online und des NDR. Doch der mangelnde Brandschutz ist nur eines von vielen Problemen, die die Wärmedämmung mit sich bringen kann.

Die Kritiker jedenfalls behaupten, dass die Wärmedämmung, die in Deutschland an Außenwänden zumeist mit Styropor erfolgt, nicht nur zu Schimmelbildung oder Algenbefall führt, sondern dass weit geringere Energiespareffekte erzielt werden, als die Dämmstoffindustrie verspricht. Experten sehen die wahrscheinliche Senkung des Energieverbrauchs bei 10 bis 15 Prozent und keineswegs bei den angekündigten 50 bis 70 Prozent. Der wohl bekannteste Gegner der Wärmedämmung, der fränkische Architekt Konrad Fischer, errechnet



„Hauswende“: Auf Gebäude entfallen 40 Prozent des Energieverbrauchs. Sinkt der Anteil durch Styropor?

Foto: dpa/Armin Weigel

Vorsicht zu betrachten.“ Mittlerweile vertreten viele Experten die Ansicht: Die Dämmung ist allenfalls dann wirtschaftlich sinnvoll, wenn ohnehin die Fassade saniert werden soll und das Gerüst sowieso steht.

Der Hildesheimer Professor für ökologisches Bauen, Jens Fehrenberg, wiederholt

THEMA  
ENERGIESPAREN  
IN GEBÄUDEN

um will die gesonderte energetische Untersuchung jedes Gebäudes. Er ist gegen die „unüberlegte Styroporisierung“, beklagt das Entstehen einer „Verpackungsindustrie“ und plädiert für dickere Wände aus Stein. Nicht zuletzt setzt sich Fehren-

berg, wie viele Experten, für bessere Heizungen ein. Schließlich sind die Energieverluste allein durch das Verlegen von Heizungsrohren unter Putz enorm.

Unterdessen bewirbt die zu 76 Prozent dem Bund gehörende Deutsche Energieagentur (Dena) mit der Kampagne „Dämmen-lohnt-sich.de“ unversprochen für die Fassadendämmung. Dazu kommt das, ebenfalls von der Dena unterstützte, Projekt „Hauswende“. Pro Jahr sollen 2,5 Prozent der 40 Millionen deutschen Gebäude saniert werden. Derzeit liegt die Quote bei unter einem Prozent.

Die Bundesregierung dagegen freut sich über eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung von 7,3 Millionen Tonnen pro Jahr.

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD das Ziel festgeschrieben, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Der Bund fördert die energetische Gebäudesanierung über die Förderbank KfW mit 1,8 Milliarden Euro. Die Dena fordert eine Aufstockung auf fünf Milliarden Euro pro Jahr bis 2020 und eine steuerliche Absetzbarkeit der Investitionen. Letztere war in den Koalitionsverhandlungen gescheitert.

## Hintergrund

## Geld vom Staat

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD das Ziel festgeschrieben, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Der Bund fördert die energetische Gebäudesanierung über die Förderbank KfW mit 1,8 Milliarden Euro. Die Dena fordert eine Aufstockung auf fünf Milliarden Euro pro Jahr bis 2020 und eine steuerliche Absetzbarkeit der Investitionen. Letztere war in den Koalitionsverhandlungen gescheitert.

## „Schimmel und sonstige unerwünschte Biotope“

FÜNF FRAGEN AN: Konrad Fischer, Architekt und Dämmungskritiker



Konrad Fischer Foto: privat

Seit Jahren kämpft der Architekt Konrad Fischer gegen Fassadendämmung. Mit ihm sprach André Bochow.

Herr Fischer, Sie sind tatsächlich der Meinung, dass die nachträgliche Außendämmung nie sinnvoll ist?

Ich kenne kein einziges Experiment, mit dem bewiesen wird, dass man mit nachträglicher Dämmung Energie sparen kann. Und ich beschäufte mich nun wirklich intensiv mit dem Thema. Stellen Sie sich doch einfach mal ein Gartenmäuerchen vor. Ein Teil besteht aus Steinen, der andere aus Styropor. Beide weiß gestrichen. Nehmen

wir einen Sommertag. Die Sonne scheint auf das Mäuerchen. Um 16 Uhr wird die Oberflächentemperatur gemessen. Welche Wand wird wohl wärmer sein?

Die Steinmauer?

Das sagen alle. Tatsächlich wird die Steinwand nicht wärmer als 35 Grad. Weil Stein die Solarstrahlung in sich einleitet und auch speichert. Die Dämmstoffwand wird bis zu 80 Grad warm. In der Nacht aber kühlt die Dämmwand sofort aus und reicht Tauwasser an. Dann bilden sich Feuchtigkeit, Schimmel, Algen und sonstige unerwünschte Biotope. Ohne Dämmung gibt die Steinwand ihre gespeicherte

Energie nach außen und je nach Wandstärke auch nach innen ab. In jedem Fall muss weniger nachgeheizt werden.

Das Beste wären dünne Wände? Der klassische Massivholzbau war zehn Zentimeter stark. Das reicht.

Hunderte Millionen Quadratmeter sind bereits wärmege-dämmt. Müsste da nicht jemand etwas auffallen?

Im Prinzip schon. Aber hier wirken unter anderem Lobbyisten. Und die Wohnungsbau-gesellschaften dämmen, weil sie nur auf diese Weise zu Fördermitteln und Mieterhöhungen

kommen. Für Sanierungen ohne Dämmung gibt es kein Geld. Außerdem wird hin und wieder festgestellt, dass nach einer Dämmung tatsächlich Energie gespart wird. Dass die Ursache dafür in Wirklichkeit die modernisierte Heizung ist, wird unterschlagen.

Sie empfehlen den Hausbesitzern, die Fassadendämmung abzulehnen.

Ja. Denn man kann problemlos nachweisen, dass die entsprechende Investition unwirtschaftlich ist. Und dann müssen die Behörden einen von den Dämmvorschriften befreien. Ich habe viele solche Befreiungsanträge gestellt. Immer mit Erfolg.

## Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

## Täglich von Schwedt in die Hauptstadt

Zu „GDL will verhandeln“ (Ausgabe vom 10. November): Was kann eigentlich der normale Pendler gegen solch unverhältnismäßige Streiks machen? Wenn man verhandelt – so wie es Weselsky meint, dass er es tut – dann muss man Kompromisse eingehen und nicht nur einseitig fordern! Erst recht, wenn man für etwas einsteht, was gar nicht sein Kompetenzbereich ist.

Was nimmt sich dieser Herr heraus, mich und viele andere Millionen Berufspendler in Deutschland als Geisel für seine erpresserischen Forderungen zu nehmen?! Mein Verständnis für diese Aktion ist Null! Ich fahre wie viele andere jeden Tag von Schwedt nach Berlin zur Arbeit. Aus Kostengründen bin

ich da schon auf die Bahn angewiesen. Alternativen gibt es für mich nicht, nur zusätzliche Kosten und Stress.

THOMAS GIECHE  
Schwedt/OT Meyenburg

## Vorzeigeressort links liegengelassen

Zu „Brandenburger Ministerriege steht“ (Ausgabe vom 3. November):

Zugegeben, der Ministerpräsident Dietmar Woidke war sehr fleißig und hat die Wähler nicht lange auf die Nominierung des neuen Kabinetts warten lassen. Aber vielleicht hätte er dem Wahlvolk nach so einem eindeutigen Wahlsieg auch die Taktik der Aufteilung der Ressorts und deren Kompetenzen erklären sollen. Nun hat die SPD als überragender Wahlgewinner

gerade das Ressort Arbeit und Soziales ohne jede Not, aber scheinbar auch ohne Ansprüche, links liegengelassen. Sonst war dies das Vorzeigegebiet, wo man sich wie nirgends als Kümmerpartei darstellen konnte, ein Identitätsmerkmal, auf das die SPD traditionell fast das Monopol innehatte, und nun ist alles Schnee von gestern.

Da werden viele SPD-Wähler mit Unverständnis reagieren, umso mehr, da es auf Bundesebene weit besser gelungen ist als in Brandenburg. Da wird sich die ehrenvolle und kämpferische

Regine Hildebrandt vielleicht im Grabe umdrehen und eine Mahnung nach oben schicken!

HANS BLAHM  
Eberswalde

## Ostdeutsche noch immer benachteiligt

Zu „Jetzt wächst zusammen...“ (Ausgabe vom 4. November):

Beim Titelbild mit den Bildern des Malers Manfred G. Fedler über den Mauerfall vor 25 Jahren und dem Spruch „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, der ja von Willy Brandt stammt, habe ich mich gefragt: Was soll denn da zusammenwachsen? Wir ehemaligen Ostdeutschen werden in allen Bereichen benachteiligt, Ost und West sind immer noch getrennt. Und dann spricht man in

den Medien von der deutschen Einheit. Das ist ein Hohn.

MANFRED GRÜTZMANN  
Bernau

## Abgetauchte Linkspartei

Zu „Ein Fest der Freude und des Erinnerns“ (Ausgabe vom 10. November):

Wo hörte man an diesem Tag etwas von der Linken, die sich doch sonst überall zu Wort meldet? Kann sie die Freude des Volkes noch immer nicht verstehen und teilen?

HANS-OTTO GERLACH  
Berkholz-Meyenburg

Die abgedruckten Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.

## Märkische Oderzeitung

Chefredakteur: Frank Mangelndorf; stellvertretender Chefredakteur: Peter Philipps; Chefin vom Dienst: Christine Seifzyk; Politik/Nachrichten/Wirtschaft: Günther Marx; Brandenburg/Berlin: Beate Bias; Kultur und Unterhaltung: Claudia Sairing; Wochenendjournal: Stephanie Lubasch; Sport: Jürgen Leibner; Neue Märkte, Online & Sonderaufgaben: Sandra Dalk; Deutsch-polnische Nachbarschaft: Dietrich Schröder; Korrespondenten: Ulrich Thiessen (Potsdam), André Bochow. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingereichte Manuskripte und Fotos und behält sich das Recht der auszugswesischen Wiedergabe von Zuschriften vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Verlag: Märkische Verlags- und Druckhaus GmbH & Co. KG; Geschäftsführung: Andreas Simmet; Verlagsleitung: Marc Nickol; Anzeigenleitung: André Tackenberg; zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 19 vom 1. Januar 2014. Bezugspreis: Monatsabonnement bei Botenzustellung 27,10 € und bei Postbezug Inland 38,10 € (jeweils inkl. 7 % MwSt). Einzelpreis Mo.-Fr. 1,10 €, Einzelpreis Sonnabend 1,30 €. Druck: Märkische Verlags- und Druckhaus GmbH & Co. KG; Wöchentlich erscheint als Verlagsbeilage das Wochenmagazin prima. Mitglied der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt, Arbeitskampf oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg besteht kein Entschädigungsanspruch. Verlag und Redaktion Postanschrift: Postfach 1178, 15201 Frankfurt (Oder) Straßenschrift: Kellenspring 6, 15230 Frankfurt (Oder), Telefon 0335 5530-0 (Zentrale), Telefax 0335 5530-538; Redaktionsservice: 0335 5530-563; E-Mail: redaktion@moz.de; Telefonische Anzeigenannahme: 0335 665 99 556; Telefax 0335 324026; E-Mail: kundenservice@moz.de; Abonnentenservice: 0335 665 99 557; Telefax 0335 5530-480; E-Mail: kundenservice@moz.de